

ONLINE-PUBLIKATION

Julia Wasenmüller

Mehr Privatverschuldung durch Corona

Was wir von Feminist*innen
aus Argentinien über den Umgang
mit Schulden lernen können

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

JULIA WASENMÜLLER schreibt über Queerfeminismus, Klassismus und postsowjetische Migration. Sie ist Kolumnistin beim *Missy Magazin* und war vorher bei der *taz*. Während ihres Politikstudiums lebte sie mehrmals in Lateinamerika, zuletzt in Argentinien. Im Lokalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung Buenos Aires beschäftigte sie sich vor allem mit der Organisation des feministischen Streiks am 8. März und dem Kampf um reproduktive Gerechtigkeit.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 16/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Oktober 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

JULIA WASENMÜLLER

MEHR PRIVATVERSCHULDUNG DURCH CORONA

WAS WIR VON FEMINIST*INNEN AUS ARGENTINIEN ÜBER DEN UMGANG MIT SCHULDEN LERNEN KÖNNEN

Dass die Corona-Pandemie bestehende Missstände verschärft und verdeutlicht, ist mittlerweile eine gängige These. Jedoch sind viele Themen nach einem medialen Peak zu Beginn der Pandemie schnell wieder aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden – zum Beispiel das Thema Geld und Privatverschuldung, obwohl dies in Zukunft immer mehr Menschen betreffen wird. Denn wie geht es für Selbstständige weiter, wenn die Corona-Soforthilfen von Bund und Ländern aufgebraucht sind?

Wem in Deutschland aufgrund von Kurzarbeit, Krankheit oder Arbeitslosigkeit Pandemie-bedingt die Einnahmen fehlten, konnte Mieten und Zahlungen an Telefon-, Strom- und Gasanbieter zunächst stunden, allerdings nur bis Ende Juni. Auch wenn die Einkünfte weiterhin ausbleiben, muss seit Juli wieder fristgerecht gezahlt werden, die angefallenen Mietschulden von April bis Juni 2020 sind bis Juni 2022 zurückzuzahlen. Auch Zahlungsverpflichtungen aus alten Krediten bestehen weiterhin. Um eine Pleitewelle zu verhindern und Unternehmen genug Zeit zu geben, Hilfsangebote zu beantragen, war im März die Insolvenzantragspflicht zunächst bis Ende September ausgesetzt worden. Anfang September wurde diese Regelung für überschuldete Unternehmen nun bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Für zahlungsunfähige Unternehmen gilt diese Verlängerung nicht. Der Deutsche Mieterbund schätzt, dass 15 bis 20 Prozent der Mieter*innen künftig in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten, hieß es Mitte August in einem Tagesschau-Beitrag.¹ Schon jetzt drehe sich jede zehnte Beratung beim Mieterbund um das Thema Corona-bedingte Zahlungsprobleme.

Privatverschuldung ist nicht erst seit der Corona-Pandemie ein Problem: Zum Stichtag 1. Oktober 2019 war jede*r zehnte Erwachsene in Deutschland verschuldet, in Berlin sogar jede*r achte Erwachsene. Hinzu kommen die von den Schuldenproblemen mitbetroffenen Personen wie Kinder, Partner*innen oder Eltern.² Schulden wirken sich auf unterschiedlichste Lebensbereiche aus, auf das Wohnen, die Ernährung, soziale Teilhabe und die Gesundheitsversorgung. Werden Bußgelder nicht bezahlt, droht sogar Freiheitsentzug. Schulden bringen die Reproduktion des Lebens in eine Krise, also die Herstellung der Bedingungen für ein gutes Leben, für die noch immer meistens FLINT*s (im Folgenden steht die Abkürzung für Frauen, Lesben, inter, nicht binäre und trans Personen) verantwortlich sind.

Doch obwohl sich Schulden so allumfassend auf die Lebensrealität von Menschen auswirken, wird das Thema Privatverschuldung aus aktivistischer und speziell feministischer Perspektive im deutschen Kontext bislang kaum beleuchtet. Es bleibt meist bei Einzelfallbetreuungen in Beratungsstellen. Bereits der Begriff «Privatverschuldung» impliziert, dass Menschen individuelle Lösungen für finanzielle Probleme finden sollen und müssen. Daran zu scheitern gilt als persönliches Versagen. Ein Grundsatz feministischer Analyse und Politik ist es dagegen, das vermeintlich Private zu politisieren, kollektive Widerstandspraxen zu entwickeln und strukturelle Veränderungen anzustreben. Es ist ein Verdienst intersektionaler feministischer Bewegungen, dass verschiedene Gewaltformen mittlerweile benannt werden, dass wir explizit von rassistischer Polizeigewalt sprechen, dass es den Begriff «Femizid» gibt, wo Gerichte früher nur «Beziehungstaten» kannten. Genauso gilt es, jene Gewalt in den Blick zu nehmen und zu analysieren, die von neoliberalen Finanz- und Schuldensystemen ausgeht.

Dieser Text soll dazu anstoßen, grundsätzlicher über das aktuelle Schuldensystem nachzudenken, das Thema Privatverschuldung aus verschiedenen aktivistischen Praxisfeldern heraus zu beleuchten und in die jeweiligen politischen Agenden zu integrieren. In Argentinien haben Feminist*innen den Schuldenbegriff in den vergangenen Jahren vermehrt politisiert und in ihre Kämpfe aufgenommen. Ausgehend von den Leerstellen im deutschsprachigen Diskurs stellt sich die Frage, was sichtbar wird, wenn wir uns von der argentinischen Debatte inspirieren lassen. Können wir an Organisierungsimpulse und Praxisbeispiele anknüpfen und sie produktiv auf die aktuelle Situation in Deutschland beziehen? Dieser Text bleibt dabei notwendigerweise unvollständig, da das Wissen über diese Zusammenhänge für Deutschland erst noch zusammengetragen werden muss. Die Recherche kann als erster Aufschlag und als Einladung verstanden werden, in politischen Organisationen, am Arbeitsplatz und zu Hause über das Thema Schulden zu diskutieren und die Debatte fortzuführen.

¹ Tagesschau: Die Angst der Mieter vor dem Herbst, 13.8.2020, unter: www.tagesschau.de/inland/mietschulden-corona-101.html.

² Creditreform: SchuldnerAtlas Deutschland 2019, Pressemitteilung, 14.11.2019, unter: www.creditreform.de/aktuelles-wissen/presse-meldungen-fachbeitraege/news-details/show/ueberschuldung-in-deutschland-etwas-licht-aber-noch-viel-schatten-1.

«¡VIVAS, LIBRES Y DESENDEUDADAS NOS QUEREMOS!» FEMINISTISCHER PROTEST GEGEN DIE ALLTÄGLICHE SCHULDENLAST IN ARGENTINIEN

Im Mai 2017 rief das Kollektiv NiUnaMenos (dt.: Nicht eine weniger) in Buenos Aires gemeinsam mit anderen politischen Organisationen zum ersten Mal zu einer Aktion unter dem Slogan «¡Vivas, libres y desendeudadas nos queremos!» (dt.: «Lebendig, frei und unverschuldet wollen wir sein!») vor der argentinischen Zentralbank auf. Die Protestierenden wiesen auf die konkrete Verknüpfung von finanzieller und patriarchaler Gewalt hin und prangerten in diesem Zusammenhang die massive Privatverschuldung in Argentinien an, die parallel zur staatlichen Schuldenaufnahme anstieg.³ 2018 – im dritten Regierungsjahr des neoliberalen Ex-Präsidenten Mauricio Macri – kam es zu einem der schnellsten Prozesse öffentlicher Verschuldung in der argentinischen Geschichte. Mitte 2018 lautete der Schuldenstand 261.483 Millionen US-Dollar. Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) endeten – wie so oft – in einer brutalen Abwertung der Gehälter und einer Kürzung des öffentlichen Haushalts.⁴

Anfang 2019 veröffentlichten Verónica Gago und Luci Cavallero – feministische Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen⁵ – in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Buenos Aires das Buch «Una lectura feminista de la deuda» (dt.: «Eine feministische Lesart von Schulden»). Gago und Cavallero verstehen ihre wissenschaftliche Arbeit als Beitrag und Anstoß für soziale Kämpfe.⁶ Tragender Bestandteil des handlichen Buches sind Interviews mit Aktivist*innen, die ihre Erkenntnisse aus der politischen Praxis teilen. Ausgehend von konkreten Lebensrealitäten und den Erfahrungen aus drei Jahren feministischer Streikorganisation argumentieren Gago und Cavallero, warum eine feministische Lesart von Finanzfragen so dringend notwendig ist: Um die Funktionalität von Schulden zu verstehen, muss aufgedeckt werden, wie Prozesse der Produktion und Reproduktion von finanzieller Gewalt bestimmt werden, in welchen Bereichen diese Gewalt wirkt und welche Art von Gehorsam sie produziert. Über Schulden zu sprechen bedeutet, sie sichtbar zu machen, sie zu entindividualisieren. Im Vordergrund ihrer Analyse steht die Frage, welcher spezifischen Gewalt Frauen und Mütter – die meist hauptverantwortlich das Familienleben managen –, Arbeiter*innen in formellen und informellen Anstellungen, Sexarbeiter*innen, Migrant*innen, Bewohner*innen von informellen Siedlungen (den sogenannten *villas* und *favelas*), Schwarze Frauen, indigene Frauen, trans Personen, Travestis, Inhaftierte, Bäuer*innen und Student*innen durch Verschuldung ausgesetzt sind.⁷

In einem Artikel in der Zeitschrift *Revista Anfibia* beschreiben Gago und Cavallero, wie staatliche Ausfälle von FLINT*s aufgefangen werden, sobald Staatsverschuldung zu Einschränkungen öffentlicher Dienstleistungen führt: FLINT*s übernehmen dann scheinbar naturalisiert noch mehr Verantwortungen und unbezahlte Reproduktionsarbeit, betreuen Kinder und pflegen Familienangehörige. Sie verschulden sich in erster Linie für Wohnraum, Nahrungsmittel und Medikamente – Dinge, die zur Grundversorgung gehören. Ihr Alltag ist durch ständige Krisenbewältigungsstrategien bestimmt: Sie vergleichen Preise und sparen, wo es nur geht, damit das Geld bis zum Monatsende reicht. Sie arbeiten immer mehr Stunden und nehmen ihre Kinder mit zur Lohnarbeit, weil sich die Betreuung nicht mehr anders organisieren lässt.⁸ Bäuer*innen verschulden sich, um Saatgut und Pestizide zu kaufen. Kreditinstitute und «Mikrokredite für den Globalen Süden» zielen konkret auf FLINT*s ab, weil die Institute sich dieser Strukturen bewusst sind.⁹

«Wenn es eine Sache gibt, die Frauen, Lesben, Travestis und trans Personen besitzen, dann sind es Schulden. Eine feministische Wirtschaftsagenda muss damit beginnen, Ausbeutung auf vier Arten zu charakterisieren, die gleichzeitig auftreten: von Arbeiter*innen im Haushalt, Lohnarbeiter*innen oder Empfänger*innen von Transferleistungen, Konsument*innen und von Schuldner*innen.»¹⁰

Laut Gago und Cavallero erzeugt das aktuelle Schuldensystem dabei ein spezifisches Regime der Ausbeutung, das lang erkämpfte Arbeitsrechte aushebelt. Als «Ökonomie des Gehorsams»¹¹ bezeichnen sie die Dynamik,

3 Cavallero, Luci: De las finanzas a los cuerpos. ¡Vivas, libres y desendeudadas nos queremos!, in: Gago, Verónica/Malo, Marta/Cavallero, Lucía (Hrsg.): La Internacional Feminista. Luchas en los territorios y contra el neoliberalismo, Buenos Aires 2020, S. 41–55, hier S. 41.

4 Cavallero, Luci/Gago, Verónica: Una lectura feminista de la deuda. «Vivas, libres y desendeudadas nos queremos», Buenos Aires 2019, S. 50.

5 Verónica Gago lehrt Politische Theorie, Ökonomie und Soziologie an den Universitäten Buenos Aires und San Martín in Argentinien. Sie war Teil des aktivistischen Forschungskollektivs Situaciones, ist aktiv bei NiUnaMenos und in der Bewegung des internationalen feministischen Streiks. Luci Cavallero ist Feministin, Soziologin und Forscherin an der Universität von Buenos Aires. Ihre Arbeit befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Schulden, illegalem Kapital und Gewalt.

6 Cavallero/Gago: Una lectura feminista de la deuda, S. 10.

7 Ebd., S. 11.

8 Gago, Verónica/Cavallero, Luci: Interrupción voluntaria de la deuda, Revista Anfibia, o. J., unter: <http://revistaanfibia.com/ensayo/interrupcion-voluntaria-de-la-deuda/>.

9 Cavallero/Gago: Una lectura feminista de la deuda, S. 23.

10 Gago/Cavallero: Interrupción voluntaria de la deuda.

11 Cavallero/Gago: Una lectura feminista de la deuda, S. 19.

wenn Menschen durch Verschuldung dazu gezwungen werden, jede Art von prekärer Arbeit anzunehmen, um eine zukunftsgerichtete Verpflichtung zu begleichen. Denn es geht nicht nur darum, die aktuellen Raten abzubezahlen. Es geht immer auch darum, die Schuldentilgung in Zukunft sicherzustellen. Schulden nehmen Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmt zu entscheiden, wie sie leben möchten. Schulden verunmöglichen sogar den Wunsch nach Transformation, denn «sie erzeugen einen mentalen Terror, der uns dazu zwingt, nur zu wollen, dass sich die Dinge nicht weiter verschlechtern».¹²

Diesem «mentalen Terror» liegt eine Moralisierung der Finanzfrage zugrunde: Zahlungsunfähig zu sein bedeutet Schuld und Scham. Wer hingegen schuldenfrei lebt, hat das eigene Leben erfolgreich an kapitalistische Maßstäbe von Wirtschaftlichkeit angepasst.

«Es sind Schulden, die uns davon abhalten, Nein zu sagen, wenn wir Nein sagen wollen. Verschuldung bindet uns auch in Zukunft an gewalttätige Beziehungen, aus denen wir eigentlich ausbrechen wollen. Verschuldung verhindert ökonomische Autonomie, selbst in stark feminisierten Branchen, in denen hauptsächlich Frauen tätig sind.»¹³

Den vermeintlich abstrakten Finanzfragen setzen Cavallero und Gago deswegen drei sogenannte Gegenabstraktionen entgegen, also Momente ihrer Konkretisierung: 1. Die Sichtbarmachung der Gewalt der Finanzmärkte an konkreten Körpern, und zwar den Körpern von FLINT*s; 2. Das konkrete Aufzeigen, wie Schulden mit unterschiedlichen Formen patriarchaler Gewalt verbunden sind; 3. Das Offenlegen der Mehrfachbelastung von FLINT*s durch Lohnarbeit und unbezahlte Care-Arbeit.¹⁴

In Argentinien wurden in den letzten Jahren immer weitere Lebensbereiche in das Finanz- und Schuldensystem integriert. Hauptziel von Kreditgebenden und Motor der Verschuldung ist der Konsum günstiger und nicht dauerhafter Güter – wie zum Beispiel Haushaltsgegenstände oder Elektronik –, die in Raten abbezahlt werden. Der argentinische Staat spielt eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer Architektur institutioneller Verpflichtungen: Die Pflicht aller Bürger*innen, ein Konto zu besitzen, wird als «finanzielle Inklusion» und «Konsumzugang» dargestellt. Gleichzeitig ermöglicht diese Bankkonto-Pflicht, dass sich wirklich alle Bevölkerungsgruppen bei Banken verschulden können. Staatliche Subventionen ersetzen feste Gehälter als Voraussetzung für die Kreditaufnahme. So werden Gelder zur Schuldentilgung ins Finanzsystem eingespeist, die eigentlich der Grundversorgung dienen sollten: Kinderzuschüsse, Renten, staatliche Subventionen und Sozialleistungen, Geld aus «popularen Ökonomien»,¹⁵ die meist feminisiert sind. Jugendliche verschulden sich bereits vor ihrer ersten Arbeitsanstellung. Für Rentner*innen wurden 2017 besondere Kreditprogramme geschaffen, mit Zinsraten von bis zu 24 Prozent. Es ist in Argentinien mittlerweile so gängig, privat verschuldet zu sein, dass das Ministerium für Soziale Entwicklung als Lösungsstrategie zur Hungerbekämpfung Lebensmittelkarten verteilt – denn jede Bargeldauszahlung würde in die Schuldentilgung fließen.¹⁶

«Schulden sind ein Modus des *Krisenmanagements*: Nichts explodiert, aber alles implodiert. Innerhalb von Familien, zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft machen finanzielle Verpflichtungen zwischenmenschliche Beziehungen brüchiger und prekärer. Sie sind dem ständigen Druck ausgesetzt, der von Schulden ausgeht.»¹⁷

Gago und Cavallero schreiben ihre Analyse explizit in die geopolitische Situation des Globalen Südens ein und erklären, dass «die verschuldete Subjektivität eines US-amerikanischen Studenten an einer Privatuniversität nicht die gleiche ist wie die einer subventionierten Arbeiterin in einer Kooperative im Stadtteil Flores [Buenos Aires]».¹⁸

Immer strengere Sparprogramme des IWF und die anhaltende Inflation bestimmen in Argentinien den Alltag. Die strukturellen Unterschiede zwischen Ländern im Globalen Süden, die in den 1970er Jahren Experimentierfelder neoliberaler Politik wurden, und zum Beispiel Deutschland, das von neokolonialen Ausbeutungsverhältnissen im globalen Wirtschaftssystem profitiert, liegen auf der Hand. Fragen über Nahrungsmittelsouveränität oder Zugang zu Land stellen sich aufgrund der Kolonialvergangenheit in Argentinien anders als in Europa. Die Forderung nach einem Schuldenerlass ist zentraler Bestandteil dekolonialer Bewegungen im Globalen Süden, während der Bundesrepublik 1945 nicht nur ein Schuldenschnitt, sondern gar Wiederaufbauhilfen in Milliardenhöhe in Form des Marshallplans zugestanden wurden.

12 Ebd., S. 24.

13 Ebd., S. 15–16.

14 Ebd., S. 16–17.

15 Die *economía popular* (dt.: populäre Ökonomie) umfasst Arbeitsformen, die gewöhnlich als informell definiert werden, selbstständige Arbeit und außerhalb des klassischen Lohnsystems erfundene Arbeitsformen; sie bezieht sich auf ein heterogenes Proletariat, das für seinen Lebensunterhalt mit unterschiedlichen Mitteln sorgt, etwa durch Müll- und Flaschensammeln oder durch gemeinnützige Arbeit in Suppenküchen. Das Konzept einer «populären Ökonomie» will diese Arbeitsformen politisieren sowie einer Marginalisierung und Abwertung durch Begriffe wie «informelle Wirtschaft» oder «soziale Ausgrenzung» entgegenreten.

16 Ebd., S. 18–19; 49.

17 Ebd., S. 26.

18 Ebd., S. 11.

Trotz oder gerade aufgrund der unterschiedlichen Situiertheit ist es eine Voraussetzung internationaler feministischer Solidarität und Zusammenarbeit, sich in globalen Machtgefügen zu verorten und ausgehend von dieser Verortung Gewalteinwirkung auf konkrete Lebensbereiche und Körper zu untersuchen.

LEERSTELLEN IM DEUTSCHEN DISKURS ÜBER SCHULDEN

Angelehnt an die Analysen aus Argentinien stellt sich also die Frage, welche Menschen sich in Deutschland verschulden und weshalb. Welchen konkreten Einfluss haben Schulden auf die Reproduktion des Lebens in Deutschland? Inwiefern sind FLINT* Körper besonders betroffen? Und wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf Schuldner*innen und ihren Alltag aus?

Die vorhandenen Statistiken zum Thema Privatverschuldung in Deutschland sind weniger aussagekräftig als die Zahlen zu Staatsverschuldung, da nur Daten von Menschen erhoben werden, die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen. Von bundesweit 1.450 solcher Beratungsinstitutionen haben für das Berichtsjahr 2018 des Statistischen Bundesamtes 559 Beratungsstellen teilgenommen und die Angaben von knapp 136.000 Personen bereitgestellt. Die Beteiligung fällt dabei regional sehr unterschiedlich aus.¹⁹ Auf Bundesebene werden dabei Faktoren wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder Familienstand erhoben, für das Land Berlin gibt es dagegen nur Angaben zum Geschlecht der Schuldner*innen.

Laut Susanne Fairlie-Schade von der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e. V. waren 2019 44,7 Prozent der beratenen Klient*innen in Berlin weiblich und 55,3 Prozent männlich. Durchschnittlich hat jede*r Klient*in Schulden in Höhe von 30.996,81 Euro. Eine von Fairlie-Schade zur Verfügung gestellte Aufstellung der verschiedenen Schuldenkategorien zeigt: 25 Prozent der Ratsuchenden haben Mietschulden, 29 Prozent sind bei Energieunternehmen verschuldet, 33 Prozent bei Inkassobüros, 46 Prozent bei Telekommunikationsunternehmen, 22 Prozent bei privaten Versicherungen, insgesamt elf Prozent bei privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen. Die Zahlen verdeutlichen, dass das Schuldensystem auch in Deutschland Einfluss auf alle Lebensbereiche hat und Menschen extrem prekären und gewaltvollen Situationen aussetzt: Mietschulden können zu Zwangsräumungen und im schlimmsten Fall zu Obdachlosigkeit führen. Rückstände bei Energieversorgern führen in letzter Konsequenz zur Liefersperre. Schulden bei Krankenkassen verwehren Menschen den Zugang zu medizinischer Versorgung.

Und auch hierzulande werden Ratenzahlungsangebote für Elektronik oder Haushaltsgegenstände viel genutzt, berichtet Fairlie-Schade aus ihrer Beratungserfahrung. Wer den Forderungen von Gläubiger*innen oder Inkassobüros nicht nachkommt, muss damit rechnen, dass irgendwann das Konto gepfändet wird oder ein*e Gerichtsvollzieher*in vor der Tür steht. Diese können mit richterlichem Beschluss in Wohnungen eindringen – die Kosten für den Schlüsseldienst tragen die Schuldner*innen. Wertgegenstände, die zu Geld gemacht werden können, werden versteigert. Was für die weitere Lebensführung notwendig ist und bleiben darf, entscheiden die Gerichtsvollzieher*innen. Auch Lohn oder ganze Konten können gepfändet werden. Prinzipiell gibt es zwar einen gesetzlichen Pfändungsschutz bei einer Kontopfändung. Dieser greift jedoch nicht automatisch, Schuldner*innen müssen sich aktiv einschalten. Tun sie das nicht, können auch Sozialleistungen und Kindergeld von der Kontopfändung betroffen sein – was dann wiederum zu Zahlungsunfähigkeit bei Vermieter*innen oder anderen Gläubiger*innen führt.

Der Begriff der «Ökonomie des Gehorsams» ist bei allen Unterschieden zwischen Argentinien und Deutschland auch für den hiesigen Kontext treffend und bedeutet auch hier Fremdbestimmung und moralische Abwertung der Schuldner*innen im Alltag. Selbst nach einer Schuldentilgung wirken Disziplinierung und Stigma nach – zum Beispiel in Form von Schufa-Einträgen. Eine Wohnungssuche ohne Mietschuldenfreiheitsbescheinigung – oft in Verbindung mit einem niedrigen Einkommen – wird in deutschen Großstädten immer schwieriger. Menschen werden aus ihren Stadtteilen und Sozialstrukturen verdrängt.

Auslöser für Überschuldung sind laut Statistik Erkrankung und Sucht (17,6%), Arbeitslosigkeit (13,5%), gescheiterte Selbstständigkeit (10,6%), Trennung, Scheidung und Tod von Partner*innen (10,0%) oder längerfristiges Niedrigeinkommen (9,1%).²⁰ Trotz dieser sehr konkreten Zusammenhänge zwischen struktureller Diskriminierung und Privatverschuldung liefen viele im Rahmen der Recherche getätigten Anfragen bezüglich einer aktivistischen und/oder feministischen Lesart von Schulden bei Mieterschutzbündeln, anti-rassistischen Organisationen, Schuldnerberatungsstellen und Vertreter*innen feministischer Ökonomien in Berlin ins Leere. Die Frage nach Praxisbeispielen, in denen Einzelfallerfahrungen von Privatverschuldung in

19 Destatis – Statistisches Bundesamt: Statistik zur Überschuldung privater Personen, 2019, unter: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Vermoegen-Schulden/Publikationen/Downloads-Vermoegen-Schulden/ueberschuldung-2150500187004.pdf?__blob=publicationFile.

20 Schuldnerberatung: Verschuldungsursachen, o. J., unter: www.schuldnerberatung-berlin.de/zahlen-fakten/verschuldungsursachen-2/.

kollektive Kämpfe gegen ökonomische Gewalt umgemünzt werden konnten, blieb weitestgehend unbeantwortet.

RISIKOGRUPPEN UND POLITISCHE PRAXISFELDER

Eine feministische Lesart der staatlich erhobenen Daten in Deutschland bedeutet zum Beispiel, die Verschuldung aufgrund von niedrigen Nettoeinkommen mit der Feminisierung prekärer Anstellungsverhältnisse zusammenzudenken. Einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung zu Kinderarmut in Deutschland zufolge lebt knapp ein Drittel aller Personen in Alleinerziehendenhaushalten und Haushalten mit drei und mehr Kindern mit einem Armutsrisiko.²¹ Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass verschuldete Alleinerziehende in der Regel FLINT*s sind,²² die, wie Gago und Cavallero schreiben, neben der Lohnarbeit zur Schuldentilgung und zum Lebenserhalt die unbezahlte Care- und Reproduktionsarbeit leisten müssen. Auch das Thema Altersüberschuldung ist stark gegendert: 2019 stieg die Zahl der verschuldeten Rentner*innen über 70 Jahre im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent.²³ Laut einer Studie der Universität Mannheim in Zusammenarbeit mit der Tilburg University aus dem Jahr 2019 erhalten Frauen in Deutschland im Schnitt 26 Prozent weniger Rente als Männer.²⁴

Manche Risikogruppen sind noch unsichtbarer: Lebensrealitäten von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus tauchen in den amtlichen Statistiken nicht auf. Eine Flucht oder Migration nach Deutschland kostet jedoch oft mehrere Tausend Euro. In Geflüchteten-Selbstorganisationen ist das Thema Verschuldung omnipräsent. Finanzielle Probleme treffen Menschen in der Vereinzelung, ohne Zugang zu Sozialleistungen und institutionalisierten Beratungsstellen in besonderem Maße. Umso wichtiger wäre es daher, den zusätzlichen Schulden- druck auf Geflüchtete und Migrant*innen zu thematisieren, kollektiv anzugehen und in intersektionale feministische Debatten zu integrieren.

Caspar vom Netzwerk Trans*sexworks berichtet in einem telefonischen Interview, dass viele Menschen auf dem Straßenstrich anschaffen gehen, um zum Beispiel Schulden an Gläubiger*innen in ihren Herkunftsländern zu begleichen. Zu Beginn der Corona-Pandemie wurden Sexarbeiter*innen laut Caspar auf der Kurfürstenstraße in Berlin mit Strafen von bis zu 500 Euro belangt, weil sie sich «ohne triftigen Grund außerhalb der Wohnung» aufgehalten hätten. Aus 500 Euro werden schnell höhere Summen, weil Mahnbriefe nicht ankommen, wenn Menschen keinen festen Wohnsitz haben. Erschwerend hinzu kommen Sprachbarrieren oder Analphabetismus. Eine offene Bußgeldrechnung kann letztlich zu einer Ersatzfreiheitsstrafe führen. Menschen sitzen ihre Geldstrafen also im Gefängnis ab, die Tagessätze werden dabei von Richter*innen bestimmt. Teilweise liegen sie bei einem Euro pro Tag, erklärt Manuel Matzke, Pressesprecher der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) im Interview. Größtenteils handele es sich um Bagatelldelikte: Klauen im Supermarkt, nicht bezahlte Strafzettel oder ohne Ticket fahren. Laut Matzke gehen die meisten Schuldner*innen ohne Widerspruch in den Knast, wenn der Strafbefehl kommt. Anwaltliche Vertretung können sich die wenigsten leisten. Für die GG/BO liegt auf der Hand, dass Ersatzfreiheitsstrafen immer die sozial Schwächsten treffen. Matzke spricht von einem Teufelskreis, dem die Schuldner*innen kaum entfliehen können: Im Knast gibt es keinen Mindestlohn. Gefangene arbeiten für einen bis 2,20 Euro pro Stunde. Wenn sie dann entlassen werden, haben sie meist weder Rücklagen noch Eigentum. Es sei unglaublich schwer, einen Job und eine Wohnung zu finden, und viele verschulden sich nach dem Gefängnis direkt wieder. Ab Mitte März wurden wegen der Corona-Infektionsgefahr Ersatzfreiheitsstrafen fürs Erste ausgesetzt, in Sachsen werden sie mittlerweile wieder vollstreckt.²⁵

Weil sich aktuell herauskristallisiert, was vorher schon schlecht war, nutzen viele Aktivist*innen und soziale Bewegungen weltweit den Moment der Pandemie, um ihre Forderungen zu radikalisieren und Protestformen aus der Vergangenheit wiederzubeleben. In Buenos Aires treffen sich Migrant*innen in den *villas* zum sogenannten Pasanaku, einem System des zinsfreien kollektiven Sparens, das auch in Bolivien und Ecuador von FLINT*s praktiziert wird. So vermeiden sie Kredite bei Banken und Verschuldung durch Ratenzahlung.²⁶ Wie in der Finanzkrise 2001 entstanden während der Pandemie an vielen Orten in Argentinien *ollas populares* – Suppenkü-

21 Bertelsmann-Stiftung: Kinderarmut: Eine unbearbeitete Großbaustelle, 22.7.2020, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/juli/kinderarmut-eine-unbearbeitete-grossbaustelle.

22 Destatis: Statistik zur Überschuldung privater Personen.

23 Creditreform: SchuldnerAtlas Deutschland 2019.

24 Universität Mannheim/Tilburg University: Gleicher Job, weniger Rente: Frauen erhalten 26 Prozent weniger gesetzliche Rente als Männer, 2019, unter: www.uni-mannheim.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/2019/september/gleicher-job-weniger-rente-frauen-erhalten-26-prozent-weniger-gesetzliche-rente-als-maenner/.

25 MDR: Kritik an Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen in Corona-Zeiten, 13.8.2020, unter: www.mdr.de/sachsen/corona-vollstreckung-freiheitsstrafe-kritik-100.html.

26 Gago/Cavallero: Una lectura feminista de la deuda, S. 39.

chen, an denen Menschen aus dem Viertel zusammenkommen und sich vernetzen. Während Schulden marginalisierte Gruppen normalerweise voneinander entfernen, Missgunst schüren und Konflikte auslösen, werden durch das Benennen struktureller Gewalt des Finanzsystems Netzwerke der Solidarität geschaffen. Gleichzeitig können neue Themenfelder aktivistisch angegangen werden, die sich im Moment der Krise aufdrängen.

In Deutschland forderte das Transratgeber Kollektiv mit der Petition «Bestrafung von Armut abschaffen» im Mai dieses Jahres Amnestie für die von Ersatzfreiheitsstrafen betroffenen Gefangenen.²⁷ In Hamburg rief eine Gruppe von Mieter*innen ab April zum Mietstreik auf. Initiativen wie «Deutsche Wohnen enteignen» und die Kampagne #KeinHausWeniger setzten im März das temporäre Verbot von Zwangsräumungen durch, eine Forderung, für die sich das Bündnis «Zwangsräumung verhindern» seit Jahren einsetzt. Seit Kurzem wird in Berlin nun wieder geräumt. In Argentinien fordern Feminist*innen Schuldenerlass und bedingungslosen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Wenn der mentale Terror finanzieller Sorgen immer mehr Lebensbereiche einnimmt, heißt eine feministische Antwort Entindividualisierung und Kollektivierung von Wohnen, Kinderbetreuung, Pflege und Reproduktionsarbeit.

27 Transratgeber Kollektiv/trans* Personen in Haft: Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!, change.org, o. J., unter: www.change.org/p/abschaffung-der-ersatzfreiheitsstrafe.